Fall 3 - Verböserung

U ist Eigentümer eines in der kreisangehörigen, amtsfreien Gemeinde G gelegenen Grundstücks. Dort betreibt er seit vielen Jahren einen florierenden Getränkemarkt und eine kleine Gaststätte. Das Getränke-Einzelhandelsgewerbe hat U ordnungsgemäß angezeigt, die Schank- und Speisegaststätte ist bauaufsichtlich genehmigt; U verfügt auch über eine ihm seinerzeit noch vor Inkrafttreten des brandenburgischen Gaststättengesetzes erteilte Gaststättenerlaubnis.

U, der bislang als sehr zuverlässig anzusehen war, erliegt in den Jahren 2023 und 2024 plötzlich, aber in rasch zunehmendem Maße der Alkoholabhängigkeit. Zunehmend werden Beanstandungen laut. U gibt alkoholische Getränke an Minderjährige ab und unterbindet nicht, dass in seiner Gaststätte Betäubungsmittel veräußert werden. Eine Besserung ist nicht in Sicht, U verfällt zunehmend.

Der Bürgermeister der Gemeinde G erlässt nunmehr einen Bescheid, in dem er dem U verbietet, in dem Getränkemarkt alkoholische Getränke zu veräußern.

U erhebt gegen diesen Bescheid sofort und ordnungsgemäß Widerspruch. Aus dem Verkauf alkoholischer Getränke hatte er bislang den Hauptteil seiner Einnahmen erwirtschaftet, er ist verzweifelt. Da diese Einnahmequelle nun nicht mehr zur Verfügung steht, beschließt U, seinen Gaststättenbetrieb zu erweitern. Er beginnt mit dem Umbau seiner Gaststätte und mit dem Anbau eines zusätzlichen Gastraumes, beides ohne erforderliche Baugenehmigung und unter eindeutiger und grober Verletzung materiellen Bauplanungs- und Bauordnungsrechts.

Der Bürgermeister hilft dem Widerspruch nicht ab und legt das Verfahren der Landrätin vor. Diese erlässt nach nochmaliger Anhörung des U darauf einen als „Widerspruchsbescheid“ bezeichneten Bescheid. Darin sind insgesamt fünf Anordnungen enthalten:

Gemäß Ziffer 1 wird der Widerspruch zurückgewiesen. In Ziffer 2 heißt es, dem U werde nicht nur der Verkauf alkoholischer Getränke, sondern nunmehr der Betrieb des Getränkemarkts insgesamt untersagt. Durch Ziffer 3 wird die für die Schank- und Speisegaststätte seinerzeit erteilte Gaststättenerlaubnis widerrufen. In Ziffer 4 wird bezüglich der Um- und Anbauarbeiten am Gaststättengebäude ein Baustopp verfügt. Zuletzt wird in Ziffer 5 die sofortige Vollziehung sämtlicher im Ausgangs- wie im Widerspruchsbescheid enthaltenen Regelungen angeordnet.

Aufgabe:

Beraten Sie den U in einem umfassenden Rechtsgutachten über Möglichkeiten und Erfolgsaussichten eines gerichtlichen Vorgehens gegen die behördlichen Maßnahmen.

Bearbeitungsvermerk:

Gehen Sie davon aus, dass für die Rücknahme und den Widerruf der nach § 12 des brandenburgischen Gaststättengesetzes fortgeltenden Gaststättenerlaubnisse weiterhin die Vorschriften des in Brandenburg an sich nicht mehr geltenden Gaststättengesetzes des Bundes anzuwenden sind.